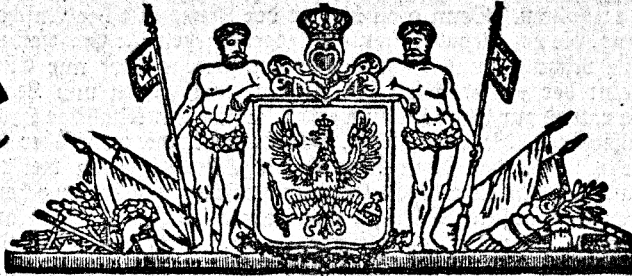


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 292

Der deutsch-polnische Vertrag.

Gegenseitige Amnestie.

Der in den nächsten Tagen der Nationalversammlung zugehende deutsch-polnische Vertrag über die Entlassung festgehaltener Personen und die Gewährung von Straffreiheit geht in seiner Einleitung zunächst von dem Gedanken aus, daß die Parteien den Wunsch haben, die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen aus Anlaß des Friedensvertrages im Geiste der Verständigung und des wechselseitigen Entgegenkommens zu führen.

Der Inhalt des Vertrages zerfällt in zwei Teile. Der erste Teil (Artikel 1-5) verfügt die Freigabe aller aus Anlaß der polnischen Bewegung mit der Waffe in der Hand gefangenen, internierten und als Geiseln oder Schutzhäftlinge festgenommenen Personen, wobei sich Polen verpflichtet, alle von ihm etwa noch festgehaltenen deutschen Heeresangehörigen oder ehemaligen deutschen Heeresangehörigen zu entlassen. Die Vollstreckung disziplinarischer verhängter Strafen gegen solche Personen wird ausgesetzt; weiter wird ihnen die Mitnahme der in ihrem Besitz befindlichen oder ihnen abgenommenen Gegenstände gestattet.

Die eigentliche Amnestie regeln Artikel 6-11. Jeder vertragsschließende Teil gewährt hierin volle Straffreiheit für alle vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages, namentlich auch während der polnischen Bewegung in den Abtretungs- und Abtretungsgebieten, begangene gerichtlich oder disziplinarisch strafbare Handlungen, die auf eine militärische, politische oder nationale Betätigung zugunsten des anderen Teils zurückzuführen sind. Hierunter fallen außer den Handlungen, die sich als Hoch- oder Landesverrat darstellen, insbesondere auch die Ausübung einer amtlichen Tätigkeit, die Teilnahme an der Volksratsbewegung sowie die Beteiligung an Orts- und Bürgerwehren.

Volle Straffreiheit wird weiter gewährt für alle mit der polnischen Bewegung in Zusammenhang stehenden, vor dem Inkraft-

treten des Vertrages begangenen Zuwiderhandlungen gegen Anordnungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung.

Diese Straffreiheit bedingt den Erlass aller verhängten Strafen, Einstellung anhängiger Verfahren sowie die Nichteinleitung neuer Verfahren. Die Straffreiheit hat auch die unmittelbare Folge, daß beschlagnahmte Gegenstände, Rationen und ähnliche Leistungen, auch soweit diese etwa schon verfallen sind, den Berechtigten zurückerstattet werden. Weitere Bestimmungen regeln die Rückkehr der Amnestierten in ihren bisherigen Wohnsitz und die Behandlung, die ihnen dort durch die Behörden gewährleistet wird. Schließlich steht der Vertrag zum Vollzuge und zur Auslegung des Vertrages die Aufstellung gemischter Kommissionen und eines neutral geesteten Schiedsgerichts vor.

Der Vertrag ist von einem Notenwechsel begleitet, in dem beide Teile sich dahin aussprechen, daß die Bestimmungen über die Entlassung festgehaltener Personen, die keiner gesetzlichen Ratifikation bedürfen, unverzüglich in Kraft treten. Eine Bestimmung, die besonders den beiderseitigen Kriegsgefangenen zugute kommt.

Ferner ist polniseits zugestanden worden, daß bis zur Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen deutsche Vertreter in Polen und anderen noch zu vereinbarenden Orten jenseits der Demarkationslinie für die Vermittlung des Verkehrs und für die Wahrnehmung der Interessen der deutschen Reichsangehörigen zugelassen werden. Freies Geleit und ungehindertes Verkehr mit den deutschen Behörden wird diesen Vertretern zugesichert.

Endlich wird deutscheits den Vertretern des polnischen Roten Kreuzes die ungehinderte Ausübung charitativer Tätigkeit zugestanden.

Deutscher Vertreter in Rom zu finden sein wird, wo er so häufig gesucht wird. Abzweigen besteht meines Erachtens kein Hindernis dafür, daß man sich in Berlin bald über die Person des endgültigen deutschen Botschafters in Rom klar würde. Nach der Ratifizierung des Friedensvertrages durch Verordnung oder durch das Parlament würde der Entsendung des Botschafters in kürzester Zeit wohl nichts im Wege stehen.

Anschluß Bulgariens an Südflawien?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

mp Rom, 30. September.

Einer guten Quelle verdanke ich die folgenden Mitteilungen über die Aufnahme der Friedensbedingungen in Bulgarien: Der Mißerfolg der Tränen und Beschwörungen Theodoroffs in Paris hat im Volke tiefe Nüchternheit ausgeübt. Auch dieser ehrgeizige Mann wird, obwohl er wohl etwas anderes erwartete, mit seinen Parteigängern als endgültig begraben zu gelten haben. Nach dem Waffenstillstand war in vielen Kreisen die Hoffnung gewachsen, Bulgarien könne und müsse auch weiterhin in europäischen Bündnissen seine Rettung suchen, und die allgemeine Aufmerksamkeit war auf Italien gerichtet, dessen gespanntes Verhältnis zu Jugoslawien eine geeignete Grundlage für eine zukünftige Annäherung zu bieten schien. In der Folge erkannte man (glaube man zu erkennen), daß man sich in Italien getäuscht habe in dem Sinne, daß man dessen Entschlußkraft überschätzt habe. Tittons Einigung mit Griechenland und jetzt Tittons offene Erklärung über die Nichtpunkte der italienischen Orientpolitik und über Italiens Freundschaft mit Rumänien, endlich aber auch die Erkenntnis, daß die englischen und französischen Geschäftsinteressen gegen Bulgarien gerichtet seien, haben einen neuen Umschwung der raslos tastenden bulgarischen Hoffnungen zuwege gebracht. Man spreche, so sagte man mir, nicht mehr von Deutschfreunden oder Deutschfeinden und wende die Endungen „phil“ und „phob“ überhaupt nicht mehr auf europäische Mächte an. Bulgarien habe erkannt, daß es sein Heil nur noch in natürlichen Bündnissen suchen könne, das heißt, es müsse, koste es, was es wolle, seine Hände Rußland und Serbien austrecken. Es wäre bereit, sogar seine nationalen Bestrebungen rücksichtslos einzuschränken, wenn dadurch ein positiver Erfolg zu erreichen wäre. Man könnte sich mit einem autonomen, unter serbischer Oberhoheit befindlichen Mazedonien einverstanden erklären, wenn Bulgarien, natürlich unter Wahrung der Nationalität, am südbalkanischen Staatenbund teilnehmen könnte. Diesem Gesichtspunkte entspricht ja ziemlich genau der Aktionsplan der bulgarischen Sozialisten, die freilich versuchen wollten, auch andere Balkanstaaten hineinzubeziehen, um einen Balkanblock zu schaffen, der unabhängig wäre von den Spielplänen der europäischen Politik. Die neue Aufmachung dieses Gedankens schließt natürlich den Gedanken ein, daß auf diese Weise auf dem Balkan, bis tief hinein in das frühere österrömisches-ungarische Gebilde, ein slawisches Übergewicht geschaffen werden könnte, mit dem alle anderen Kombinationen rechnen müßten.

Die neue Schule.

Zur Tagung der entschiedenen Schulreformer.

Von
Wally Zepher.

Morgen beginnt hier eine Tagung „entschiedener Schulreformer“. Es sind Lehrer und Lehrerinnen, die den eigenen Willen haben, die Erziehung mit neuem, den Forderungen der revolutionären Zeit entsprechendem Geist zu durchführen. Jeder wird ihnen zustimmen, wenn sie diese Aufgabe als die höchste, für den Neuaufbau unseres gesamten Lebens wichtigste bezeichnen und zur Mitarbeit daran „jeden Mann und jede Frau“ aufrufen, „die das entscheidende Gewicht der Stunde erkannt haben“. Denn in der Tat — die Schule ist ja nicht nur ein Institut, auf dem wir uns bestimmte Kenntnisse, seien es elementare oder sogenannte höhere erwerben; sie ist oder sollte doch die Stätte sein, wo alle Kraft und Fähigkeit der werdenden Generation sich zu voller Blüte entfaltet, die Stätte der Menschenbildung. Das ist ein weitgespannter Begriff, in den jede Zeit ihren besonderen Inhalt gießt. Je tiefer das Dasein des einzelnen in das Ganze der Gesellschaft hineinwuchs, desto mehr wandelte sich auch das einst stark individualistisch betonte Erziehungsideal zu einem sozialistischen um. Nicht mehr vollkommene „Persönlichkeiten“, Menschen, wollen wir bilden, die berufen und fähig sind, in einer Gesellschaft sozialer Gerechtigkeit und brüderlichen Gemeinschaftsstreben ihre Kraft zu nützen, Glieder eines sozialistischen Staates.

Ist man sich aber wirklich darüber klar, welche Konsequenzen dieser Gedanke in sich schließt?

Die moderne Pädagogik prägt ihr Ideal in zwei Kernworten aus: sie will Arbeitserziehung und Einheitschule. Das Kind soll in der Schule nicht mehr Wissen allein aufnehmen, sondern auch seine Sinne üben und seine technischen Fähigkeiten entwickeln. Dadurch soll es auch zur manuellen Arbeit herangebildet werden und von vornherein lernen, sie gleich der geistigen zu werten.

Und was bedeutet im Sinne der modernen Schulreformer die Einheitschule? Lassen wir die Leitfäden sprechen, die einer ihrer Führer: Deitrich, für die Berliner Konferenz entworfen hat: „Die staatliche Einheitschule... geht aus einer gemeinsamen, innerlich differenzierten, vierjährigen Grundschule hervor. Nach dieser werden die Kinder gemäß dem Urteil der Lehrer, Eltern und Psychologen in Begabte, Normale und Schwachbegabte getrennt und in getrennte... Schulsysteme (Begabten-, Allgemein-, Schwachbegabten-)schulen“ getrennt. Die Begabtenchule soll wiederum „elastisch“ aufgebaut werden, das heißt neue Differenzierungen vorsehen, und zum Beispiel den Unterricht in Sprachen und in den schwierigeren Kapiteln der anderen Fächer denen vorbehalten, die „Neigung und Befähigung“ dafür zeigen. In alle Schulen sollen sich entsprechende Fachschulen, auch sie „nach Begabungsrichtung und -höhe differenziert“, angliedern.

Also eine bis ins Feinste verästelte Hierarchie von Bildungsklassen, eine Einschachtelung der Kinder von ihrem zehnten Lebensjahr an in eine ganz bestimmte Kasse, der zugehören sie nun (freilich mit gewissen Möglichkeiten der Begnadigung, das heißt des Übergangs in eine andere) ihr Leben lang vorurteilt sind. Raum traun man seinen Ohren, wenn man vernimmt, eben dieser unglaubliche Aufbau der Uneinheitlichkeit sei eine „Einheitschule“. Freilich, so wird man mir mit dem gewöhnlich gegen die Feinde der modernen Schulbewegung gerichteten Argument sagen: die Idee der Einheitschule soll auch beileibe keine „de Gleichmacherei“ bedeuten; sie will gerade die Menschen nach ihrer Begabung sondern, um so jeden zur höchsten Leistungskraft zu entwickeln. Die Ungerechtigkeit des bisherigen Systems lag nur darin, daß man die Kinder nicht nach diesen persönlichen Fähigkeiten, sondern nach dem Besitz der Eltern schied, die materielle Lage also zum Kriterium der Bildungshöhe werden ließ. Und auch die Einpressung aller Schüler in ein einziges Bildungsschema war vom Uebel denn sie hinderte die volle Entfaltung der besonderen Neigungen, aus denen das Beste können fließt.

So ist die Einheitschule, mögen sich ihre Vertreter nun ihren Aufbau im einzelnen in dieser oder jener Form denken, fast ohne daß man sich dessen so recht bewußt ward, allmählich zu einer „Begabten-, Hochbegabten-“ oder umgekehrt „Minder- und Mindstbegabten-“ Schule geworden, und — so unbegreiflich es eigentlich erscheinen muß — auch die freiest denkenden Pädagogen merken gar nicht, in welchen ungeheuerlichen Irrweg sie damit geraten. Widerspruchlos ist ihnen die Deffektivität auf diesen Irrweg gefolgt. Sozialisten und Nichtsozialisten nehmen es als eine Art Axiom, daß die Begabtenchule die im wahren Sinne moderne Erziehungsform darstellt. Nur eine einzige Gruppe von Sozialisten steht seit dem ersten Aufkommen der Idee in schärfster Opposition dazu: der Kreis der „Sozialistischen Monatshefte“. In einem eingehenden Aufsatz hat kürzlich einer ihrer Mitarbeiter, Chanin, ein Mitdenker der Berliner Konferenz, ihren gänzlich entgegengesetzten Standpunkt dort erörtert. Es sei mir gestattet, das wesentliche der Gründe, die jener Kreis dagegen ins Feld führt, auch an dieser Stelle darzulegen, um die breitere Deffent-

Die Kabinettsumbildung.

Die Ablehnung Kochs.

Die Umbildung des Reichskabinetts hat abermals eine Ueberraschung gebracht. Oberbürgermeister Koch, der gestern die Annahme des Reichsministeriums des Innern in Aussicht gestellt hatte, hat sich heute entschlossen, den Posten des Oberbürgermeisters in Düsseldorf, der ihm von der Mehrheit der dortigen Stadtverordneten einschließlich der Unabhängigen auf der einen und der Deutschen Volkspartei auf der anderen Seite angetragen worden ist, anzunehmen. Damit sind neue Kombinationen nötig geworden, die unter Umständen dazu führen können, daß auch die Besetzung des Reichsjustizministeriums durch den Abgeordneten Schiffer aufgegeben würde. Die demokratische Fraktionsführung hat um 1/2 Uhr begonnen. In Parteikreisen hält man es jetzt für wahrscheinlich, daß Dr. Schiffer das Reichsamt des Innern übernimmt, neben dem Posten des Vizekanzlers. Als Reichsjustizminister wird in erster Linie der Frankfurter Bürgermeister Dr. Hermann Luppe genannt. Die Besetzung des neuen Friedensministeriums ist einweilen zurückgestellt, zumal gegen den im Vordergrund stehenden Kandidaten des Krupp-Direktors Wiedfeld Bedenken laut geworden sind, die sich nicht gegen seine Person richten, wohl aber betonen, daß seine bisherige Stellung im Bereich der sogenannten Schwerindustrie auf besondere stark Vorurteile stößt.

Die endgültige Lösung der Frage der Neubesezung der erledigten und neuen Reichsämter kann erst erfolgen, nachdem der Reichspräsident Ebert, der zum Besuch der Einfuhrmesse nach Frankfurt a. Main gefahren ist, zurückgekehrt sein wird.

Die Ratifizierung durch Italien.

Vern, 2. Oktober. (W. L. B.)

Der italienische Justizminister Mortara hat mit einigen Ministern anderer Ressorts eine Formel ausgestellt, die ermöglicht wird, daß der Friedensvertrag durch kaiserliches Dekret unter Vorbehalt der späteren Zustimmung des neuen Kabinetts ratifiziert wird, sobald entweder das französische Kabinett oder der amerikanische Kongreß die Ratifizierung vollzogen hat.

Deutschlands Vertretung in Italien.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

mp Rom, 30. September.

Der deutsche Generalkonsul v. Herff, der zum Geschäftsträger in Rom ausersehen ist, wie berichtet, bereits in der Schweiz weilte, hat die Auswahl seiner Mitarbeiter getroffen. Diese sind Generaldirektor Bonnemann von der Papag und Direktor Kapp, der Leiter großer Fabriken in Norditalien gewesen ist. Herff hat die beiden Herren der italienischen Regierung vorgeschlagen, und es ist zu hoffen, daß nunmehr endlich ein amtlicher